

Unternehmertum im Fokus

FGF-Forschungsnetzwerk Entrepreneurship, Innovation und Mittelstand e.V. und IfM Bonn Ausgabe 4/2025

Zeit statt Geld? Was Mütter zur Gründung bewegt

Pomme Theunissen, Julia M. Kensbock, Jens Schüler, Matthias Baum, Ruud Gerards

Zusammenfassung

Wie beeinflussen Elterngeld und Elternzeit die Gründungsabsichten von Müttern? Die vorliegende Studie zeigt: Wird die Länge der Elternzeit verkürzt, dann sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter unternehmerisch aktiv werden. Eine großzügigere zeitliche Ausgestaltung hingegen fördert Unternehmertum – besonders bei Müttern, die familiär stark eingebunden sind. Die Höhe des Elterngeldes zeigt nur bei stark eingebundenen Müttern einen positiven Effekt.

Trotz steigender Gründungszahlen von Frauen besteht im Gründungsgeschehen weiterhin eine deutliche Geschlechterlücke (Guzman & Kacperczyk, 2019). Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Frauen – und insbesondere Mütter – überproportional viel Betreuungs- und Pflegearbeit übernehmen, was ihre Gründungsabsichten häufig einschränkt (Markowska et al., 2023). Die Familiengründung stellt dabei häufig einen Wendepunkt im Erwerbsverlauf dar. Zwar zielen Elternzeit- und Elterngeldregelungen in erster Linie darauf ab, den Wiedereinstieg in eine abhängige Beschäftigung zu erleichtern, doch sie beeinflussen auch die Entscheidung von Müttern, eine selbstständige Tätigkeit in Betracht zu ziehen (Xiao & Wu, 2021).

Für Frauen in dieser Lebensphase kann die Entscheidung für eine Gründung eine strategische Option sein, um berufliche Autonomie mit familiären Anforderungen zu vereinbaren. In diesem Kontext wirken staatliche Elternzeitregelungen nicht nur als arbeitsmarktpolitisches Instrument, sondern sie beeinflussen auch das unternehmerische Handeln. Die vorliegende Studie untersucht, welchen konkreten Einfluss die zeitlichen und finanziellen Komponenten von Elternzeitregelungen auf die Gründungsabsichten von Müttern haben (Theunissen et al., 2025).

Unsere Forschung basiert auf zwei empirischen Studien. Die erste Studie nutzt ein natürliches Experiment, um zwei familienpolitische Reformen in Deutschland auszuwerten: die Reform im Jahr 2001, welche vor allem zu einer Verkürzung des bezahlten Elternzeitraums führte, sowie die Reform im Jahr 2007, welche die finanzielle Unterstützung in Form des Elterngeldes deutlich erhöhte. Die Analyse basiert auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels (GSOEP), das es ermöglicht, Gründungsentscheidungen in einem bestimmten Zeitraum zu erfassen.

Um die Ergebnisse der ersten Studie zu ergänzen und unter kontrollierten Bedingungen zu überprüfen, wurde in der zweiten Studie ein Conjoint-Experiment mit 136 Frauen durchgeführt (89% sind in den letzten 5 Jahren

Mutter geworden, 11% planen dies in naher Zukunft). Sie wurden gebeten, verschiedene hypothetische Szenarien zu bewerten, in denen sich zentrale Merkmale der Elternzeitregelung unterschieden. Im Zentrum standen dabei die beiden Hauptkomponenten Dauer der Elternzeit und Höhe des Elterngeldes. Gleichzeitig wurden vier weitere Einflussfaktoren systematisch variiert: die Flexibilität beim Bezug von Elternzeit und Elterngeld, die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und die Möglichkeit individueller Fördermaßnahmen für Gründerinnen. Durch die Integration dieser zusätzlichen Faktoren sollten realitätsnahe Entscheidungssituationen abgebildet und die Wirkung der Kernkomponenten Zeit und Geld besser isoliert werden können.

17 % weniger Gründungen wegen verkürzter Elternzeit

Die Ergebnisse der ersten Studie zeigen, dass die Reform von 2001, also die Reduzierung der verfügbaren Zeit, mit einem deutlichen Rückgang der Gründungswahrscheinlichkeit verbunden war. So sank die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutter in den bis zu sechs Jahren nach der Geburt eines Kindes ein Unternehmen gründete, infolge dieser Reform um 17 Prozent. Dieser Effekt konnte robust nachgewiesen werden und lässt sich nicht durch andere beobachtbare Merkmale wie Bildung, Alter, Einkommen oder ökonomische Entwicklung erklären. Besonders deutlich zeigt sich dieser Effekt bei Frauen mit vorheriger Erwerbstätigkeit, fester beruflicher Einbindung und mittlerem bis hohem Bildungsstand. Das bedeutet: Selbst für potenziell gut qualifizierte Gründerinnen reduzierte eine eingeschränkte Zeitspanne nach der Geburt die Chancen zur Gründung erheblich. Die Reform von 2007, welche die Höhe des Elterngeldes deutlich angehoben hat, hatte hingegen keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Gründungsaktivität von Müttern. Damit wird deutlich: Die zeitliche Komponente wirkt stärker als die finanzielle. Sie ist vor allem dort wirksam, wo Mütter über das Potenzial zur Gründung verfügen, aber keine geeigneten zeitlichen Räume finden.

Elternzeit greift vor allem in der Mittelschicht, Elterngeld insbesondere bei starker familiärer Belastung

Die Ergebnisse der zweiten Studie zeigen, dass die Dauer der Elternzeit einen direkten, signifikanten Einfluss auf die Gründungsabsichten hat (Wie wahrscheinlich es ist, dass während oder unmittelbar nach der Elternzeit eine selbstständige Tätigkeit in Vollzeit angestrebt wird?). Eine längere Elternzeit erhöhte die Bereitschaft zur Selbstständigkeit deutlich, während eine Verkürzung den gegenteiligen Effekt hatte. Eine weitere wichtige Erkenntnis war, dass emotionale Unterstützung durch den Partner die Wirkung der zeitlichen Komponenten zusätzlich verstärkte. Frauen, die sich durch ihren Partner unterstützt fühlten, bewerteten längere Elternzeiten im Hinblick auf ihre Absicht, unternehmerisch tätig zu werden, deutlich positiver. Die Höhe des Elterngeldes spielte hingegen insgesamt eine untergeordnete Rolle. Nur bei Müttern mit besonders hoher familiärer Belastung durch Pflege- und Hausarbeit (30 Stunden pro Woche oder mehr – der Stichprobenmittelwert liegt bei rund 20 Stunden) zeigte sich ein positiver Effekt einer Erhöhung des Elterngeldes.

Eine höhere Flexibilität bei der Einteilung der Elternzeit und beim Bezug von Elterngeld hat keinen Einfluss auf die Gründungsabsicht. Die Verfügbarkeit guter Kinderbetreuungsmöglichkeiten und unternehmerischer Fördermaßnahmen für Frauen zeigte hingegen einen positiven Effekt. Darüber hinaus ergab die Analyse, dass Frauen, die eher der Mittelschicht zugerechnet werden können, stärker auf großzügigere Zeitregelungen ansprachen, während bei Frauen, die eher der Oberschicht zuzuordnen sind, keine Reaktionen auf die veränderten Rahmenbedingungen festzustellen waren.

Weichenstellungen für mehr Gründungen von Müttern

Die Ergebnisse zeigen, dass familienpolitische Maßnahmen nicht nur auf Erwerbstätigkeit, sondern auch auf unternehmerische Initiativen ausgerichtet sein sollten. Besonders die zeitliche Ausgestaltung der Elternzeit eröffnet Müttern wichtige Spielräume, um ihre berufliche Zukunft zu reflektieren, Geschäftsideen zu entwickeln und erste Schritte in die Selbstständigkeit zu gehen. Werden diese Zeiträume verkürzt, gehen solche Chancen verloren – mit negativen Folgen für das Gründungsgeschehen.

Daraus ergibt sich ein klares Handlungsfeld für Politik und Förderpraxis: Um die Gründungsaktivität von Müttern gezielt zu fördern, sollten familienpolitische Maßnahmen Zeit als Ressource stärker anerkennen und ausreichend zur Verfügung stellen – etwa durch eine

verlängerte Bezugsdauer des Elterngeldes bei gleichbleibender oder flexibel reduzierter monatlicher Auszahlung sowie durch Sonderregelungen für Mütter mit Gründungsabsicht. Diese Zeit muss jedoch durch weitere strukturelle Maßnahmen flankiert werden, etwa durch den Ausbau ganztägiger und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, flexible Übergänge zwischen Elternzeit und Selbstständigkeit sowie gezielte Förderprogramme für Gründerinnen mit familiärer Verantwortung. Nur wenn Zeit, Betreuung und Unterstützung zusammenspielen, entsteht ein förderliches Umfeld, das Unternehmertum für Mütter realistisch und attraktiv macht.

Eine gezielte Förderung kann langfristig nicht nur die Gründungsaktivität von Müttern steigern, sondern auch die unternehmerische Vielfalt in Deutschland stärken. Ein inklusives Gründungsumfeld, das familiäre Lebensrealitäten berücksichtigt, fördert wirtschaftliche Dynamik und Chancengleichheit.

Prof. Pomme Theunissen ist Professorin an der School of Business and Economics der Universität Maastricht. Prof. Julia M. Kensbock ist Professorin für Management und Organisation in einer digitalisierten Gesellschaft an der Universität Bremen. Dr. Jens Schüler ist Postdoc am Lehrstuhl von Prof. Baum. Prof. Matthias Baum ist Professor für Entrepreneurship und digitale Geschäftsmodelle am Institut für Entrepreneurship und Innovation der Universität Bayreuth. Dr. Ruud Gerards ist Berater für institutionelle Forschung an der Fontys University of Applied Sciences in Eindhoven.

Weiterführende Studien:

Guzman, J.; Kacperczyk, A. O. (2019): Gender gap in entrepreneurship, in: Research Policy, 48, S. 1666-1680.

Markowska, M.; Ahl, H.; Naldi, L. (2023): Timeout: The role of family-friendly policies in business start-up among mothers', in: Entrepreneurship Theory and Practice, 47, S. 1169-99.

Theunissen, P.; Kensbock, J. M.; Schüler, J.; Baum, M.; Gerards, R. (2025): What Makes Mothers Decide (Not) to Become Entrepreneurs? Unpacking the Role of Time and Money in Parental Leave Policies, in: Journal of Management Studies.

Xiao, W.; Wu, M. (2021): Life-cycle factors and entrepreneurship: Evidence from rural China, in: Small Business Economics, 57, S. 2017-2040.

Impressum

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Hrsg.: **Prof. Dr. Friederike Welter** (IfM Bonn, Universität Siegen)
Prof. Dr. Matthias Baum (FGF e.V., Universität Bayreuth)

V.i.S.d.P.: **Dr. Jutta Gröschl** (IfM Bonn).
Dr. Madlen Schwing (FGF e.V.)

Websites: www.ifm-bonn.org

www.fgf-ev.de